

Auszug aus MOZ bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/neuer-versuch-im-nord-sud-dialog.html>)

erstellt am: 28. März 2024

Datum dieses Beitrags: Dezember 1990

Entwicklungsprobleme

Neuer Versuch im „Nord-Süd-Dialog“

Anfang Oktober beendete die „Süd-Kommission“ ihre über dreijährige Arbeit. Unter dem Vorsitz des ehemaligen tanzanischen Präsidenten Julius Nyerere haben 28 Fachleute aus ‚Entwicklungsländern‘ – einschließlich Chinas – einen Bericht verfaßt, der die aktuelle Situation auf der südlichen Halbkugel analysiert und Empfehlungen für zukünftige politische Entscheidungen entwirft.

■ WERNER GÖLITZER

Übereinstimmung besteht darin, daß die achtziger Jahre für die meisten ‚Entwicklungsländer‘ ein „verlorenes Jahrzehnt“ waren — weder ein selbsttragender ökonomischer Wachstumsprozeß sei eingeleitet worden noch habe der Kampf gegen Unterernährung, Obdachlosigkeit und Analphabetentum nennenswerte Erfolge gezeitigt. Bis auf wenige Ausnahmen — v.a. in Süd-Ost-Asien — habe die reale Entwicklung die angestrebten Ziele ins Gegenteil verkehrt:

Seit Mitte des Jahrzehnts subventionieren die Entwicklungsländer das Wirtschaftswachstum des ‚Nordens‘ mit zuletzt real 50 Mrd. Dollar jährlich: Um den Bericht zu diskutieren und gemeinsame Perspektiven von ‚Nord‘ und ‚Süd‘ zu besprechen, hatte die Evangelische Akademie und das „International Restructuring Education Network, Europe“ nach Mühlheim an der Ruhr (West-Deutschland) eingeladen. Die wesentlichen Schwerpunkte des Berichts:

Der wichtigste Aspekt ist die Abkehr von fast schon ‚traditionellen‘ Forderungen an die ‚Industrielländer‘, ihre ‚Entwicklungshilfe‘ doch endlich auf 0,7 Prozent des Sozialprodukts zu erhöhen oder pauschal die ‚Industrialisierung‘ zu fördern. Stattdessen fordert die Süd-Kommission eindringlich alle politischen Entscheidungsträger auf, sich auf das soziale wie individuelle „Wohlbefinden“ der Menschen zu konzentrieren.

Dies schließe zwar die Beschleunigung von wirtschaftlichen Wachstumsprozessen durchaus ein, aber wirtschaftliches Wachstum alleine reiche keinswegs aus, den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen entgegenzukommen; vielmehr müsse eine breite „aktive Teilnahme“ von Betroffenen sowie wirklich „demokratische Kontrolle“ von Entscheidungen gewährleistet sein.

In diesem Sinn richtet sich der Bericht besonders an Politiker in der „3. Welt“. Sie sollten oppositionelle Basisbewegungen weniger als ‚Bedrohung‘ bestehender Strukturen betrachten, sondern vielmehr als unmittelbaren Ausdruck gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Anders als beispielsweise der Entwicklungsbericht der Weltbank, versuchen die Autoren der Süd-Kommission die konkreten Interessen der Menschen zu berücksichtigen: Appelle und Zwangsmaßnahmen zur Steigerung und Effektivierung der Lebensmittelproduktion seien letztendlich „kontraproduktiv“ gewesen — nur attraktive Anreize für die Bauern könnten zu dauerhaftem Er-

folg führen.

Das Kapitel über die „Entwicklung menschlicher Ressourcen“ betont „Bildung“ als universelles Menschenrecht. Auf diesem Gebiet seien zwar Fortschritte erzielt worden, wenn auch der Anteil der SchulabbrecherInnen — wegen zunehmender Armut — in den 1980er Jahren angestiegen sei. Dennoch sei es durchaus realistisch, daß bis zum Jahr 2000 in vielen Entwicklungsländern 75 Prozent aller Jugendlichen eine höhere Schule besuchen könnten.

Erst auf der Grundlage einer breiten Grund- und Oberschulbildung bestünden Chancen, auch im Bereich von Wissenschaft und Technologie die Abhängigkeit von den ‚entwickelten‘ Industrienationen zu verringern oder eigene Kapazitäten im Bereich „Forschung und Entwicklung“ aufzubauen. Die sei jedoch unumgänglich, da das bloße Nachahmen und Hinterherhecheln hinter nördlichen Lebensgewohnheiten das Überleben der Menschheit insgesamt bedrohen.

Trotz der selbstkritischen Einschätzungen aus dem Süden und der angestrebten Rückbesinnung auf eigene Kräfte der ‚Entwicklungsländer‘ bezeichneten Diskussionsrednerinnen den Bericht der Süd-Kommission eher als ein „Dokument der Ohnmacht“. Die Hervorhebung individueller wie politischer Menschenrechte sei zwar zu begrüßen, aber es blieben doch mehr Fragen offen, als beantwortet würden: Gerade die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa zeigen, wie sich Menschen von totaler Bevormundung befreien könn-

ten; daraus folge aber noch keineswegs, daß nun der Weg freigemacht sei für eine selbstbestimmte ‚Entwicklung‘ in Würde und Partnerschaft. Vielmehr bestehe große Gefahr, daß die Völker des ‚Ostens‘ die Erfahrungen des ‚Südens‘ erst noch machen werden. Der gewaltige ‚Nachholbedarf‘ Osteuropas (von Afrika, Asien, Lateinamerika aus betrachtet, auch im ‚Norden‘ gelegen!) provozieren einen verschärften Konkurrenzkampf um finanzielle und technologische Ressourcen. Opfer dieses weltweiten Krieges um Finanzmittel, Investitionen und Marktanteile werden, wie schon bisher, die Schwächsten und Ärmsten sein.

Deutlich sichtbar wird das Dilemma der weniger entwickelten Welt in den schleppenden Verhandlungen über den in-

ternationalen Warenverkehr (Uruguay-Runde des GATT) oder über den ‚Handel mit Dienstleistungen‘: Auf der einen Seite blockieren Industriestaaten — allen voran Deutschland (West)! — die Einfuhr von Agrarprodukten aus Entwicklungsländern, auf der anderen müssen Betriebe im Süden technische Service-Leistungen aus dem Norden teuer bezahlen, um hochmoderne Produktionsanlagen vor dem Total-Ausfall zu bewahren. Ein Diskussionsredner nannte den ‚Handel mit Diensten‘ gar einen ‚konstituierenden Faktor der Schuldenkrise‘: Indem Menschen aus dem Süden im Norden ‚Dienste leisten‘, trügen sie zur Steigerung der dortigen Industrieproduktion bei — die zusätzlichen Produkte würden exportiert. Wegen der hohen ‚Arbeitspro-

duktivität‘ im Norden seien diese Produkte aber in jedem Fall erheblich teurer, als alle ‚Gastarbeiter‘ aus dem Süden zusammengenommen im Norden jemals verdienen könnten.

Heftige Kontroversen löste ein Diskussionsbeitrag aus, der die zunehmenden Umweltschäden in der ‚3. Welt‘ als Folge relativer ‚Überbevölkerung‘ begriff.

Die Opfer der (Welt-)Krise werden so unterschwellig zu den Schuldigen umdefiniert.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels